



Niederschrift 42. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.11.2007
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:28 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Nitsche, Juliane	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend bis 19:15 Uhr (TOP 7)
Herr Voehse, Gregor	Die Andere	anwesend bis 20:22 Uhr (TOP 13)
Frau Basekow, Angela		
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Herr Harder, Dirk		anwesend bis 20:00 Uhr (TOP 13)
Herr Dr. Henrich, Lutz		anwesend bis 19:30 Uhr (TOP 8)
Herr Liebe, Thomas		
Frau Parthum, Ute		anwesend bis 18:30 Uhr (TOP 5)
Herr Wernick-Otto, Frank	Grüne/B90	
Herr Schweers, Norbert		

Nicht anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	entschuldigt
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt
Herr Lehmann, Carsten		entschuldigt
Frau Müller, Elona		entschuldigt
Frau Scheuerer, Sabina		entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Errichtung einer Grundschule mit Hort im Entwicklungsgebiet Bornstedter Feld
Vorlage: 07/SVV/0678
FB Schule und Sport
gemeinsame Behandlung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport
- Wiedervorlage -
- 3 Bestätigung des Protokolls vom 27.09.2007

- 4 Mitteilungen des Jugendamtes
- 5 Bericht der Unterausschüsse und Regionalarbeitskreise
- 6 Vorstellung "Begrüßungsdienst" und "Familienpass"
- 7 Information zu Reihenuntersuchungen in Kitas
- 8 Kostenlose Kinderbetreuung
Vorlage: 07/SVV/0493
Fraktion Familien-Partei
- Wiedervorlage -
- 9 Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für die mobile Straßensozialarbeit
Vorlage: 07/SVV/0523
Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
- 10 Abenteuerspielplatz für den Schlaatz
Vorlage: 07/SVV/0694
Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
- 11 Sitzungskalender 2008
Vorlage: 07/SVV/0644
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der StVV
- neue Fassung -
- 12 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Sport, Herrn Dr. Steinicke.

Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und 8 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses für Bildung und Sport anwesend.

Somit sind beide Ausschüsse beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Müller informiert, dass die Drucksache 07/SVV/0694 (Abenteuerspielplatz) zum Tagesordnungspunkt 10 durch den Antragsteller zurückgestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 2

Errichtung einer Grundschule mit Hort im Entwicklungsgebiet Bornstedter Feld

Vorlage: 07/SVV/0678

gemeinsame Behandlung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport

Herr Dr. Steinicke erklärt, warum die Drucksache nochmals in die Fachausschüsse rücküberwiesen wurde.

Er bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Der 1. Absatzes wird wie folgt geändert: *Der ETBF wird beauftragt, zum Schuljahr 2010 / 2011 am Standort **nördlich der Kiepenheuerallee** bedarfsgerecht eine Grundschule und einen Hort zu errichten.*

Frau G. Fischer macht deutlich, dass die vorliegende Drucksache von allen Geschäftsbereichen der Verwaltung mitgezeichnet wurde. Sie betont, dass auch die Schulverwaltung der Meinung ist, dass der vorgeschlagene Standort zu befürworten ist.

Frau Knoblich weist Herrn Dr. Steinicke darauf hin, dass derjenige, der den Ausschuss leitet, sehr objektiv sein sollte. Herr Dr. Steinicke hat hier jedoch sehr deutlich seine persönliche Meinung eingebracht. Sie bittet Herrn Dr. Steinicke, die Leitung der Sitzung neutral zu gestalten.

Sie macht darauf aufmerksam, dass sich der Jugendhilfeausschuss am 27.09.2007 mit der vorliegenden Drucksache befasst und sich bereits einstimmig positioniert hat. Sie weist auch darauf hin, dass die Kritik im Ausschuss für Bildung und Sport darin begründet lag, dass die Darstellungen nicht verständlich waren.

Herr Dr. Steinicke merkt an, dass es sein Recht als Stadtverordnete ist, seine Meinung im Ausschuss kund zu tun.

Frau Paulsen weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss sich lediglich zum Hortstandort positioniert hat. Der Bildungsausschuss befindet über den Schulstandort.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Schulstandort als Ganzes befasst. Hier wurden Schule und Hort nicht getrennt behandelt.

Frau Schulze erinnert daran, dass der Ausschuss für Bildung und Sport wollte, dass die modulhafte Bauweise geprüft wird, aber auch die Verkehrsanbindung. Daher hat sich der Ausschuss gegen die Drucksache entschieden. Im Jugendhilfeausschuss wurden die Bedenken der JHA-Mitglieder, die auch im Ausschuss für Bildung und Sport sind, ausgeräumt.

Frau Lehmann erklärt, dass der Standort an einen ruhigeren Ort gelegt werden soll, um den Kindern das Lernen zu erleichtern.

Herr Müller-Zinsius erörtert anhand einer Folie die Gegenüberstellung der Standorte „Pappelallee“ und „Am Schragen“ auf der Grundlage folgender Kriterien

- Städtebauliches Konzept
- Entwicklungsschwerpunkte/Bedarfe
- Verkehrliche Anbindung
- Lärmproblematik
- Zeithorizonte (B-Plan, Planung, Baugenehmigungsverfahren, Realisierung)

- Wirtschaftlichkeit
- Vertriebsaussichten.

Er weist auch auf die Bevölkerungsentwicklung hin und macht dabei deutlich, dass man in dem Bereich nördlich der Kieperheuer-Allee in der Summe von 3.600 Einwohnern und im Bornstedter Feld von über ca. 5.600 Einwohner spricht. Die Prüfung der modulhaften Bauweise kann erst erfolgen, wenn von Seiten der Schulplanung die entsprechenden Signale gekommen sind.

Frau Knoblich erinnert sich, dass eine Vorbehaltsfläche für einen Schulstandort nördlich der Kiepenheuerallee beschlossen wurde.

Herr Müller-Zinsius erklärt, dass dieser Standort dann im Volkspark wäre.

Frau Paulsen favorisiert den Standort nördlich der Kiepenheuerallee. Sie betont, dass eine Schule ein ruhiges Umfeld braucht. Sie fragt, wie das Prozedere beeinflusst werden kann, wenn eine Schule gebaut wird.

Herr Müller-Zinsius erklärt, dass ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben wird, der dann begleitet werden kann. Das Ergebnis des Wettbewerbes, das durch eine Jury zu bewerten ist, kann durchaus präsentiert und auch diskutiert werden. Hier kann in der Tat eine Diskussion der konkreten Ausgestaltung erfolgen. Er weist darauf hin, dass auch über die Anordnung der Klassenräume und Pausenhöfe eine Lärminderung erreicht werden kann.

Frau Fischer macht deutlich, dass eine Inbetriebnahme der Schule an einem Standort Kiepenheuerallee erst im Jahre 2012/2013 mit einem weiteren Zeitverzug erfolgen kann. Somit besteht die Gefahr, nicht bedarfsgerecht versorgen zu können.

Herr Voehse bittet, über die Drucksache abzustimmen, da alles ausführlich dargestellt wurde und keine neuen Erkenntnisse mehr erlangt werden.

Frau Dr. Lotz bittet Herrn Müller-Zinsius, die aufgelegte Folie den Fraktionen bis zum 05.11.2007 zur Verfügung zu stellen.

Herr Müller-Zinsius sagt dies zu.

Frau Lehmann stellt fest, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Änderungsantrag Herr Dr. Steinicke:

Der ETBF wird beauftragt, zum Schuljahr 2010 / 2011 am Standort nördlich der Kiepenheuerallee bedarfsgerecht eine Grundschule und einen Hort zu errichten.

Abstimmungsergebnis Ausschuss für Bildung und Sport:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis Jugendhilfeausschuss:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 9

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der ETBF wird beauftragt, zum Schuljahr 2010 / 2011 am Standort **nördlich der Kiepenheuerallee** bedarfsgerecht eine Grundschule und einen Hort zu errichten.

Dabei sind sowohl hinsichtlich der Errichtung als auch hinsichtlich der Folgekosten die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit zu beachten.

Die Errichtung in modulhafter Bauweise soll geprüft werden.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Sinne der Beschlussempfehlung DS 07/SVV/0437 (Vereinssport bei Grundschulneubau) des Ausschusses für Bildung und Sport vom 20.06.2007 im Zuge der Errichtung der Grundschule Möglichkeiten für den Vereinssport und Kostenansätze zu prüfen.

Abstimmungsergebnis Ausschuss für Bildung und Sport:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis Jugendhilfeausschuss:

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses lehnen es ab, über die Drucksache erneut abzustimmen.

zu 3 Bestätigung des Protokolls vom 27.09.2007

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 4 Mitteilungen des Jugendamtes

Hilfen zur Erziehung/Benchmarking

Herr Schweers informiert, dass die Vergleichszahlen für Hilfen zur Erziehung 2006 ab der kommenden Woche auf der Internet-Seite von „Consens“ einzusehen sind. Ein ausführlicher Bericht im Jugendhilfeausschuss wird es in einer der nächsten Sitzungen geben. Er weist darauf hin, dass die Zahlen sehr positiv für die Landeshauptstadt Potsdam ausgefallen sind.

Änderung des Jugendschutzgesetzes

Herr Schweers bietet an, die Änderungen des Jugendschutzgesetzes in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführlich darzustellen. Er informiert, dass ab dem 01.09.2007 ein absolutes Rauchverbot für Kinder und Jugendliche in allen öffentlichen Einrichtungen besteht. Die Träger sind darüber informiert.

Untertarifliche Bezahlung von Kita-Erzieherinnen.

Herr Schweers informiert, dass eine untertarifliche Bezahlung bei Erzieherinnen in Potsdamer Einrichtungen nicht möglich ist, da dies regelmäßig durch das Jugendamt überprüft wird. Träger würden auch nicht Gewinn damit erzielen können,

da tatsächliche Personalkosten abgerechnet werden können, wenn der TvöD nicht überschritten wird. Der Träger muss außerdem jeden beschäftigten Mitarbeiter mit Vergütungsgruppe nachweisen.

Prognos-Familienatlas

Frau Dr. Müller informiert, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam den ersten Platz bei der Kinder- und Familienfreundlichkeit erarbeitet hat. Sie macht deutlich, dass dies eine kollektive Leistung aller Beteiligten über 17 Jahre ist. Sie fragt, ob sich der Jugendhilfeausschuss etwas näher damit befassen möchte, um auch für die weitere Arbeit Schwerpunkte setzen zu können.

Herr Harder unterstützt diese Anregung und bittet, dies im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

Herr Liebe macht deutlich, dass man sich nicht auf den „Lorbeeren“ ausruhen darf. Es sollte gesehen werden, wo noch Verbesserungen erfolgen können. Auch über neue Ziele sollte geredet werden.

Frau Dr. Müller schlägt vor, sich in der Januar-Sitzung 2008 mit diesem Thema zu befassen.

Herr Schweers informiert, dass „Prognos“ den Kommunen anbietet, dies gemeinsam mit ihnen auszuwerten. Er macht auch deutlich, dass dies auch verwaltungsintern ausgewertet wird. Die Prognos-AG soll zur Vorstellung der Ergebnisse in den JHA eingeladen werden.

Herr Liebe fragt, ob sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit diesem Thema befassen soll.

Frau Knoblich empfiehlt, dies erst im Jugendhilfeausschuss zu beraten und dann ggf. zur weiteren Behandlung in den Unterausschuss zu geben.

Themenjahr 2009

Frau Dr. Müller informiert über die Mitteilungsvorlage der Verwaltung mit Vorschlägen für die Themenjahre 2008 bis 2012, die im Hauptausschuss vorgestellt wurde. Derzeit befindet sich ein Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Geschäftsgang, nach dem 2009 zum Themenjahr für Bürgerliches Engagement erklärt werden soll. Der Kulturausschuss hat bereits ein positives Votum abgegeben.

Sie schlägt vor, für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Antrag des JHA an die Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten, nach dem das Themenjahr 2010 „Jahr der Familie“ ist.

Frau Knoblich bittet darum, in der nächsten StVV deutlich zu machen, dass man sich nach den bereits vorliegenden und abgestimmten Vorschlägen richten sollte.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass es zum Jahr der Familie lediglich einen Vorschlag der Verwaltung gibt, über den kein Votum abgegeben wurde. Sie regt an, sich über das Verfahren zu verständigen und für den nächsten Jugendhilfeausschuss einen entsprechenden Antrag vorzubereiten.

Herr Harder spricht sich dafür aus, das Themenjahr 2010 „Jahr der Kinder und Jugendliche“ zu nennen, da 25 % der Bevölkerung Kinder und Jugendliche sind.

U25-Konzept der PAGA

Frau Dr. Müller informiert, dass das Jugendkonzept der PAGA in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.11.2007 vorgestellt wird.

zu 5 Bericht der Unterausschüsse und Regionalarbeitskreise

Unterausschuss Kita

Frau Basekow informiert kurz über einen Einzelfall. Sie beantragt, dass dieser zur Beratung in den Unterausschuss Kita überwiesen wird.
Sie übergibt der Verwaltung die entsprechenden Unterlagen.

Herr Schweers nimmt die Unterlagen entgegen und wird dies auch in der Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule beraten, um hier eine zügige Lösung herbeizuführen.

Frau Basekow fragt, wie sich die QEL-Kommission zusammensetzt.

Herr Schweers erklärt die Zusammensetzung und verweist auf den entsprechenden Beschluss des Jugendhilfeausschusses. Die Kommission wurde gebildet, um nicht über jeden einzelnen Kostensatz im Jugendhilfeausschuss beraten zu müssen.

Frau Basekow weist auf Änderungen von Kennziffern hin, die in der QEL-Kommission entschieden wurden. Dies hätte im Jugendhilfeausschuss erfolgen müssen.

Frau Knoblich spricht sich dafür aus, Änderungen von Kennziffern grundsätzlich im Jugendhilfeausschuss zu thematisieren.

Frau Dr. Müller schlägt vor, hier eine angemessenes Verfahren zu finden, um dies transparenter zu machen. Sie regt an, in der nächsten Sitzung einen Vorschlag unterbreiten.

Herr Schweers sagt zu, im nächsten Jugendhilfeausschuss einen Verfahrensweg vorzustellen.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 19.10.2007 das Projekt „Arche“ in Berlin angesehen hat. Auch die Konzeption sowie eine Studie der Freien Universität Berlin wurden eingesehen. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung begrüßt mehrheitlich die Bemühungen, in Potsdam ein ähnliches Kinderprojekt zu etablieren.

Herr Wernick-Otto betont, dass Potsdam seiner Meinung nach sehr gut aufgestellt ist, um Probleme anzugehen. Er äußert seine Bedenken und empfiehlt, dass der AKKJ über die Folgen der Ansiedlung berät.

Frau Schulze bittet, die Materialien zur „Arche“ allen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Verfügung zu stellen.

Frau Eiserbeck betont, dass sich der UA sehr gründlich mit dem Projekt der „Arche“ befasst hat. Der Unterausschuss hat sich hier deutlich positiv positioniert.

Frau Basekow dankt der Ausschussvorsitzenden für die Zusendung der World Vision-Kinderstudie. Sie betont, dass es sehr lohnenswert ist, diese Studie zu lesen.

Frau Knoblich bittet darauf zu achten, dass durch die „Arche“ nicht eines Tages Forderungen gestellt werden, die so nicht beabsichtigt sind. Sie bittet um ein Kurzkonzept zur Information.

Herr Wernick-Otto regt die Gründung eines freien Sozialfonds für bedürftige Kinder an, auch kostenfreies Mittagessen für Kinder sollte angeboten werden.

Herr Liebe informiert über das Gespräch mit Herrn Wernick-Otto.

Herr Wernick-Otto bedauert seine Aussage gegenüber Herrn Liebe in der September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses, die aufgrund des missverständlichen Zeitungsartikels erfolgt ist. Es sei nicht seine Absicht gewesen, Herrn Liebe persönlich zu treffen.

RAK-Koordinatoren

Herr Papadopoulos erinnert Frau Basekow daran, dass der Regionalarbeitskreis in die nächste Sitzung des Unterausschusses Kita eingeladen werden sollte.

Frau Basekow weist darauf hin, dass der Unterausschuss bisher nicht getagt hat. Sie bittet um eine Verständigung, wie die weitere Arbeit der Unterausschüsse erfolgen soll.

Herr Schweers informiert, dass Mitte November eine Beratung mit beiden Unterausschuss-Vorsitzenden stattfinden wird. Eine mögliche Zusammenlegung wird thematisiert.

Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule

Frau Knoblich informiert, dass sich die AG Jugendhilfe/Schule in der letzten Sitzung verständigt hat, für das nächsten Jahr eine Jahresplanung zu erarbeiten. Es ist auch geplant, die Förderschulproblematik zu thematisieren.

Herr Schweers ergänzt, dass sich die AG Jugendhilfe/Schule auch mit einem Qualitätsforum Kita und Sprachstanderhebung befasst hat. Hierzu sollte in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses berichtet werden.

AKKJ

Herr Ulrich berichtet über die Beratung des AKKJ und informiert, dass dieser sich inhaltlich mit Leistungsverträgen befasst hat. Er bittet die Fraktionsvertreter des Jugendhilfeausschusses, den Fraktionssprecher für Jugendpolitik als Ansprechpartner zu benennen.

zu 6 Vorstellung "Begrüßungsdienst" und "Familienpass"

Herr Schweers informiert, dass seit dem 01.10.2007 im Bürgerservice kostenlos der Familienpass erhältlich ist, der bereits über 30 Angebote für Familien enthält. Der Begrüßungsdienst für Neugeborene beginnt in der Woche ab dem 12.11.2007. Alle Eltern, die ab dem 01.10.2007 ein Kind bekommen haben, erhal-

ten durch das Jugendamt eine Ankündigung des Besuches. Er macht deutlich, dass dieser Besuch absolut freiwillig ist.

Herr Böhme informiert, dass das Team des „Begrüßungsdienstes“ ab dem 01.11.2007 arbeitet. Wöchentlich meldet der Bürgerservice die Geburten an das Jugendamt. Danach werden die Familien angeschrieben und der Besuch angekündigt. Wenn der Besuch nicht von den Eltern abgelehnt wird, erfolgt dieser dann mit einer hauptamtlichen und einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin.

Herr Voehse fragt, ob es überhaupt notwendig ist, die Elter zu Hause aufzusuchen und ob man den Eltern nicht auch anbieten könnte, innerhalb ihres Sozialraumes in eine Einrichtung wie z.B. ein Bürgerhaus zu gehen. Dort könne man auch die Begrüßungsmappe ausreichen. Er befürchtet, dass die Eltern das Gefühl haben könnten, kontrolliert zu werden.

Frau Basekow macht deutlich, dass sie diese Bedenken auch hatte. Sie hat mit mehreren Bürgerhäusern Gespräche geführt. Sie regt an, in den Bürgerhäusern zu bestimmten Sprechzeiten die Mappen auszureichen.

Herr Schweers betont nochmals, dass die Eltern den Besuch ablehnen können. Die Erfahrung anderer Städte zeigt, dass Familien nicht in die Bürgerhäuser gehen, um sich eine Mappe abzuholen. Der Begrüßungsdienst wird keine Kontrollbesuche durchführen, kann aber möglicherweise den Familien bei Problemen Hinweise auf Hilfemöglichkeiten geben. Wenn die Mitarbeiter auf Vernachlässigungen treffen, muss selbstverständlich gehandelt werden.

Herr Liebe spricht sich für den Begrüßungsdienst aus und hält das ausgereichte Material für sehr geeignet. Er informiert, dass sich auch der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit diesem Thema befasst hat und schlägt vor, nach ca. einem Jahr im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

Herr Wartenberg weist darauf hin, dass in den Ortsteilen auch die Ortsbürgermeister unterstützend tätig werden könnten. Er bietet seine Unterstützung an.

Frau Knoblich bittet, den Fragebogen nochmals zu überdenken.

Herr Schweers erklärt, dass es sich hier lediglich um sechs Fragen handelt.

Frau Eiserbeck verweist auf die Broschüre zu den Familien-Freizeit-Angeboten. Sie bittet darum, dass dieses Angebotsheftchen allen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Verfügung gestellt wird.

Herr Schweers sagt zu, das Angebotsheftchen zur nächsten Sitzung an alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auszureichen.

Herr Voehse schlägt vor, den Eltern die Möglichkeit der Entscheidung zu geben, ob diese die Begrüßungsmappe entweder im Rahmen eines Besuches erhalten oder die Möglichkeit nutzen möchten, die Begrüßungsmappe in einem der Bürgerhäuser abzuholen.

Herr Schweers macht deutlich, dass die Begrüßungsmappen grundsätzlich nicht durch die Bürgerhäuser verteilt werden sollen.

Frau Basekow betont, dass die Mitarbeiter des Begrüßungsdienstes die Mappen

zu den Sprechzeiten in den Bürgerhäusern an die Eltern ausreichen können, wenn kein Hausbesuch möglich war.

zu 7 Information zu Reihenuntersuchungen in Kitas

Frau Linke macht deutlich, dass die Reihenuntersuchungen Pflichtaufgaben nach Weisung sind. Schuleingangsuntersuchungen und Schulabgangsuntersuchungen sind zu 100 % durchzuführen.

Sie informiert, dass es für die freie Kinderarzt-Stelle in der Landeshauptstadt Potsdam keine Bewerbungen gab. Daraufhin wurden Gespräche mit dem Klinikum „Ernst von Bergmann“ geführt. Im Ergebnis wird zum 01.01.2008 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.

Die Ärzte in der Facharztausbildung werden die Untersuchungen in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt durchführen.

Somit könnten 80 % der Kita-Kinder untersucht werden und man würde dem Runderlass des Ministeriums entsprechen.

Sie bietet an, dem Jugendhilfeausschuss in einem Jahr einen Sachstandsbericht zu geben.

Frau Eiserbeck fragt, wie die restlichen 20 % der Kinder erreicht werden.

Frau Linke verweist auf die Möglichkeit für die Eltern, die Sprechstunden im Gesundheitsamt zu nutzen.

Frau Dr. Müller fragt, wie viele Kita-Kinder derzeit untersucht werden.

Frau Linke informiert, dass derzeit lediglich 30 % der Kita-Kinder untersucht werden können.

zu 8 Kostenlose Kinderbetreuung Vorlage: 07/SVV/0493

Herr Gohlke bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Dr. Müller bittet Herrn Gohlke für die Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2007 einen Ergänzungssatz zur Verdeutlichung der Verfahrensweise nachzureichen.

Herr Schweers informiert, dass zur Zeit über die Elternbeiträge ca. 16% des Aufwandes abgedeckt werden. Mit Umsetzung des Antrages würde ein Mehraufwand von ca. 4 Mio. Euro pro Jahr entstehen. Er macht deutlich, dass hiermit auch die wohlhabenden Familien von Elternbeiträgen befreit werden würden und weist darauf hin, dass sozial schwache Familien bereits von den Elternbeiträgen befreit werden.

Frau Basekow spricht sich grundsätzlich für die Befreiung aller Kinder von derartigen Gebühren aus.

Herr Gohlke erklärt, dass mit dem Antrag lediglich auf die Landesregierung Einfluss genommen werden soll.

Herr Wernick-Otto macht deutlich, dass das Forderungspaket an die Landesregierung konkretisiert werden muss. Hier sollte der Städte- und Gemeindebund einbezogen werden. Auch die Bildungsgleichheit sollte gegeben werden.

Herr Voehse sieht für Potsdam hier keine zwingende Notwendigkeit.

Frau Basekow weist darauf hin, dass die kostenlose Kinderbetreuung den Kindern einen Nutzen bringen soll, nicht den Eltern. Sie macht deutlich, dass eine kostenlose Kita-Betreuung viel mehr ist.

Herr Müller macht auch deutlich, dass hier nicht zwischen arm und reich unterschieden werden sollte.

Frau Knoblich warnt davor, sich Utopien hinzugeben. Sie hält die Staffelung der Elternbeiträge in der Landeshauptstadt Potsdam für eine moderate Lösung.

Herr Gohlke macht deutlich, dass mit dem Antrag auch eine öffentliche Diskussion in Gang gebracht werden soll. Er bittet um ein Votum des Ausschusses

Herr Liebe stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: *Ende der Debatte*.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Landesregierung Brandenburg dazu auf, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine generell kostenlose Kinderbetreuung in Kindertagesstätten, Horten und bei anderen Betreuungsformen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 2

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 9 Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für die mobile Straßensozialarbeit
Vorlage: 07/SVV/0523

Herr Schweers macht deutlich, dass der vorliegende Antrag nicht umsetzbar ist.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Anlaufstelle für die mobile Straßensozialarbeit „Wildwuchs Streetwork“ Am Babelsberger Park 15 für diesen Zweck langfristig zu sichern und den Kommunalen Immobilienservice (KIS) zu beauftragen, das Gebäude in einen baulichen Zustand zu versetzen, der einen dauerhaften Betrieb erlaubt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 7

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 10 Abenteuerspielplatz für den Schlaatz
Vorlage: 07/SVV/0694

Die Drucksache wird durch den Antragsteller zurückgestellt.

**zu 11 Sitzungskalender 2008
Vorlage: 07/SVV/0644**

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass in den ausgereichten Unterlagen für die Oktobersitzung der 23.10.2008 vorgesehen ist. Da dieser Termin in der Herbstferien liegt, schlägt sie vor, die Sitzung am 16.10.2008 durchzuführen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Sitzungskalender 2008 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

+ folgende Ergänzungen für Termine der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses:

25. September 2008

16. Oktober 2008

27. November 2008

18. Dezember 2008

Abstimmungsergebnis:

Dem ergänzten Sitzungskalender wird zugestimmt.

zu 12 Sonstiges

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass die nächste Sitzung im STIBB-Kindertreff am Keplerplatz stattfindet.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 29. November 2007; 16:30 Uhr

**Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Ausschussbetreuerin**